Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpfllicht und einer Höchstspeicherauspräfung (BR-Drs. 249/15)


Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

als Vorsitzender der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder übersende ich Ihnen die Umlaufentschließung der Konferenz vom 09.06.2015 zum Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten.

Ich gehe davon aus, dass die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in die weiteren Beratungen des Gesetzes mit einbezogen wird.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

Prof. Dr. Ronellenfitsch

Anlage
Umlaufentschließung der Konferenz der Datenschutzbeauftragten

Gegen den Gesetzentwurf zur Vorratsspeicherung von
Telekommunikationsverkehrsdaten bestehen erhebliche verfassungsrechtliche
Bedenken

Mit der Vorlage des „Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung einer Speicherpflicht und einer
Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“ (BR-Drs. 249/15) beabsichtigt die Bundesregierung,
eine Vorratsspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten für Zwecke der
Stratverfolgung und der Gefahrenabwehr in Deutschland einzuführen.

Nach Ansicht der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder ist
fraglich, ob dieser Gesetzentwurf den verfassungsrechtlichen und europarechtlichen
Anforderungen genügt.

Schon vorherige Regelungen waren vom Bundesverfassungsgericht und vom Europäischen
Gerichtshof für unwirksam erklärt worden, weil unzulässig in Grundrechte, insbesondere in
das Telekommunikationsgeheimnis und das Recht auf Achtung des Privatlebens und auf
Schutz personenbezogener Daten, eingegriffen wurde.

Mit einer Vorratsdatenspeicherung wird massiv in Freiheitsrechte von allen Menschen
unabhängig von einem konkreten Verdacht eingegriffen. Deshalb müssen derartige
Maßnahmen, die nur als absolute Ausnahme überhaupt zulässig sein können, einer strengen
Erforderlichkeits- und Verhältnismäßigkeitsprüfung unterzogen und durch technische,
organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen abgesichert werden. Die Konferenz
kann nicht erkennen, dass die Regelungen grundrechtlichen Anforderungen genügen. Dies
gilt namentlich für die Kommunikation mit Berufsgeheimnisträgern (z.B. Abgeordneten,
Ärzten, Rechtsanwälten und Journalisten). Auch die Vorgaben des Europäischen
Gerichtshofs sind nicht vollumfänglich berücksichtigt.

Die Bundesregierung hat bisher nicht hinreichend begründet, dass die Speicherung von
Standort- und Kommunikationsdaten erforderlich ist, zumal die Gutachten des Max-Planck-
Wirksamkeit der Maßnahme in Frage gestellt haben. Zudem wurde die gerichtliche Vorgabe,
hinsichtlich der Datenarten, deren Speicherfristen und Verwendungszwecken zu
differenzieren, nur unzureichend umgesetzt. Ein für derart intensive Grundrechtseingriffe
ausreichendes Maß an Bestimmtheit fehlt, wenn unbestimmte Rechtsg riffe (2.B.
angemessenes Verhältnis oder ein besonderes Schwerwiegen einer Tat) verwendet werden
und den Sicherheitsbehörden somit ein weiter Spielraum eröffnet wird.

Der Entwurf sieht keine Evaluierung vor. Neue Maßnahmen mit einem derartigen
Eingriffspotential sollten jedoch nach einer bestimmten Frist von unabhängiger Seite auf
deren Wirksamkeit wie auch auf die Beeinträchtigung von Grundrechten bewertet werden,
um hieraus gesetzgeberische Schlüsse zu ziehen.

Die Konferenz fordert wegen der großen grundrechtlichen Bedeutung der
Vorratsspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten und wegen der Signalwirkung
einer deutschen Regelung für Europa, dass der Vorschlag der Bundesregierung in einem
ergebnisoffenen Verfahren mit umfassender Öffentlichkeitsbeteiligung erörtert wird.